

KLARTEXT

IN
BLAU

BRIGITTENAU

Erholsamen Urlaub wünscht die FPÖ-Brigittenau



Neuer Bürgermeister und alte Politik! (Seite 2)

Der Sommer steht vor der Tür! (Seite 2)

Und die BI Dammstraße hatte doch recht! (Seite 3)

Die Post bringt allen was - nur wann? (Seite 4)

Empfang für neue Staatsbürger! (Seite 4)

Mindestsicherung Neu! (Seite 5)

Wallensteinplatzfest: Impressionen! (Seite 6)

Unsere Tierwelt: Der Spatz (Seite 7)

Sehr geehrte Damen und Herren! Liebe Leserin, geschätzter Leser!

Neuer Bürgermeister und alte Politik!



Der Volksmund bedient sich bei der Neubesetzung wichtiger Positionen oder Ämter meist dem Spruch: „Wos Besser´s kummt ned noch!“ Es wird somit dem Nachfolger unterstellt, dass er die Position vermutlich schlechter oder zumindest nicht besser als der Vorgänger erfüllen werde.

Nun ist es aber so, dass „besser“ die Steigerung von „gut“ ist. Was aber passiert, wenn die Arbeit des Vorgängers schon nicht als gut bewertet werden kann? Dann wird es sogar noch schlimmer!

Aber nun zum neuen Wiener Bürgermeister:

Am 24. Mai 2018 wurde Dr. Michael Ludwig in einer geheimen Wahl mit knapper Mehrheit (56 von 100 Stimmen) zum Wiener Bürgermeister gewählt. In der SPÖ nicht unumstritten, gibt er nun vor, eine andere, als die bisher von Rot-Grün betriebene Politik, machen zu wollen. Der Verlust der Wählergunst und die nicht mehr zu verbergenden Zustände in Wien lassen ihm auch gar keine andere Wahl. Aber viel wird er nicht ändern können, denn sonst spalten sich die LINKEN-Roten - Schieder-Unterstützer von der SPÖ ab und gründen vielleicht mit den gescheiterten Grünen eine neue Partei. Somit ist sein Handlungsspielraum überschaubar, denn das Alkoholverbot am Praterstern hat bereits für schlechte Stimmung in der Koalition gesorgt und der Lobautunnel könnte zum Koalitions kollaps führen. Die Abgrenzung zur FPÖ hält BM Ludwig aufrecht, wenngleich er die Probleme in derselben Ton-Frequenz anspricht, wie wir. Es klingt neu, wenn der Bürgermeister die stets verschwiegenen Probleme in der Bildungs-, Integrations-, Verkehrs- und Gesundheitspolitik laut anspricht. Nur die Umsetzung muss er schuldig bleiben, denn sonst zerbricht die SPÖ!

Daher lassen SIE sich nicht verunsichern, denn mit dem neuen Bürgermeister in Wien regiert immer noch Rot-Grün. Wirklich positive Veränderung für Wien gibt´s nur mit uns, der FPÖ von Vizekanzler HC Strache!

Meint Ihr LABg. GR Gerhard Haslinger

Liebe Brigittenauerinnen, liebe Brigittenauer!

Der Sommer steht vor der Tür!



Laue Abende mit Freunden oder der Familie verbringen, im Schaniergarten bei einem kalten Getränk oder einem Eisbecher sitzen, oder einfach ab ins kühle Nass in eines der diversen Bäder Wiens. So facettenreich kann der Sommer in Wien sein.

Auch die Bezirksvertretung Brigittenau verabschiedet sich in die Sommerpause.

Dies nehme ich zum Anlass, ein kleines Resümee zur Arbeit des freiheitlichen Klubs zu ziehen und hierzu einige Beispiele aufzuzählen.

Seit meiner Wahl zur Klubobfrau der FPÖ-Brigittenau im Februar 2017, brachte der Klub der Freiheitlichen zahlreiche Anfragen und Anträge in der Bezirksvertretungssitzung ein, welche größtenteils mehrheitlich bis einstimmig angenommen wurden.

So z.B. eine Anfrage betreffend der beiden Fahrradrampen bei der Fußgängerunterführung am Friedrich-Engels Platz. Hier wird nunmehr an einer moderneren Lösung, zum Wohle aller Beteiligten – Fußgänger wie Radfahrer – gearbeitet!

Oder die Anfrage betreffend der Renovierung des Hannover-Marktes, da auch hier Bürgerinnen und Bürger sowie Betreiber von Marktständen an uns herangetreten sind. Auch hier wird eine, aus unserer Sicht positive Entwicklung stattfinden, die der Bevölkerung des 20. Bezirks zugutekommt!

Unsere Anträge (z. B. zu längeren Betriebszeiten bzw. kürzeren Intervallen der sehr gut ausgelasteten Buslinie 5A) decken alle bedeutenden Politikfelder ab und führten und führen zu zahlreichen Verbesserungen. Der häufige Dank betroffener Bezirksbewohner ist unser schönster Lohn dafür.

Die FPÖ Brigittenau ist und bleibt stets mit Nachdruck bemüht, die Interessen und Anliegen der Bezirksbevölkerung bestmöglich zu vertreten. Engagement und gründliche Recherche zu den behandelten Themen sind die wesentlichen Faktoren.

In diesem Sinne, wünsche ich ihnen einen erholsamen Sommer. Ihre Klubobfrau der FPÖ-Brg. Erika Landegger

Impressum:

© by FPÖ-Brigittenau 2018

Herausgeber: FPÖ Brigittenau; 1200 Wien, Rauscherstraße 7, +43 (0) 1/330 66 66; brigittenau@fpoe-wien.at
 „Klartext in blau“ versteht sich als Forum freiheitlich denkender Menschen, das vor allem Bezirks- und Wien-Themen behandelt. Die gezeichneten Beiträge müssen nicht mit der Meinung der Redaktion übereinstimmen. Für den Inhalt der gezeichneten Beiträge sind deren Verfasser verantwortlich.
 Redaktion: Der Klub der Freiheitlichen Bezirksräte Brigittenau;
 Layout und Satz: Wolfgang Sehner; wolfgang.sehner@aon.at
 Titelbild: Quelle: Wolfgang Sehner; Druck: Druckteam Burkert GmbH.; 2486 Pottendorf; Industriestraße 5.
 Erscheinungsform: vierteljährlich, Erfüllungsort und Gerichtsstand ist Wien.
 Leserbriefe können aus Platzgründen nicht immer publiziert werden. Die Redaktion behält sich das Recht vor, eingereichte Beiträge zu bearbeiten. Ein Recht auf Abdruck besteht jedoch nicht. Nachdruck und Übersetzung, auch auszugsweise, ist nur mit schriftlicher Genehmigung des Herausgebers gestattet.

Und sie hatte doch recht, die BI -Dammstraße



Als sich vor gut zehn Jahren aus Protest gegen die Errichtung eines vom Verein ATIB betriebenen Islamzentrums in der Dammstraße eine Bürgerinitiative bildete, gingen die Wogen hoch. In zahlreichen Mediationsrunden mussten sich die Mitglieder Rassismus- und Nazivorwürfe gefallen lassen und als sich die FPÖ als einzige Partei hinter die Anliegen der BI stellte, war der mediale Skandal perfekt.

Um sich rote und grüne Wählerstimmen zu sichern, wurde nicht nur das Bauvorhaben gegen massiven Widerstand unterstützt und durchgedrückt, sondern es flossen seither auch Unmengen von Fördergeld in diesen Verein.

Ging es den Bürgern anfänglich um die sinkende Lebensqualität in ihrem Grätzl, mussten sie bei näherer Beschäftigung mit der Materie erkennen, dass mit Unterstützung von ATIB eine völlig verfehlte Integrationspolitik betrieben wird.

Hängt man sich nur das falsche Mäntelchen „Integrationsverein“ um, schon fließen die Förderungen. Diese Gelder dienen, wie nun immer deutlicher wird, keineswegs der Integration, sondern der aggressiven Förderung einer Parallelgesellschaft.

Man muss fast den Eindruck



gewinnen: Je mehr Fördergelder, desto mehr Radikalisierung.

Die BI Dammstraße wies bereits vor Jahren auf die Machenschaften des Vereins ATIB hin, der nichts anderes als den verlängerten Arm der unter Präsident Erdogan gegründeten Religionsbehörde Dyanet darstellt. Die BI sagte ebenso Entwicklungen voraus, die jetzt plötzlich erstaunt und schockiert konstatiert werden.

Der Vorfall mit den Kindersoldaten zeigt eines deutlich. Im Namen der Toleranz wurde Intoleranz gefördert und im Namen der Religionsfreiheit wird nationa-

les Gedankengut unterstützt.

Würde in einer katholischen Kirche die Schlacht vom Kahlenberg nachgestellt, wären wieder einmal zahlreiche Diskussions- und Mediationsrunden auf der Tagesordnung, der Pfarrer entlassen, die Kirche geschlossen und die Teilnehmer samt und sonders wegen Verhetzung verklagt.

Es wird endlich Zeit, dass man aufhört mit zweierlei Maß zu messen und Vereine, die nur vordergründig einer von ihnen ohnehin nicht gewünschten Integration dienen zu verbieten.

BR Susanne Chirkov



„ATIB-Palast“, Gudrunstraße 189, 1100 Wien. Fotos: Wolfgang Sehner

Die Post bringt allen was - nur wann?

Früher war es selbstverständlich, dass die Postkästen mehrmals täglich geleert und die Post am nächsten Tag zugestellt wurde. Mittlerweile erfolgt die Leerung nur mehr 1x am Tag, die Zustellung dauert länger, dafür wurde das Porto im Laufe der Zeit erheblich erhöht.

Jetzt hat sich die Post was Neues einfallen lassen!

Ab 1. Juli gibt es drei Varianten:

Möchte man die Zustellung bereits am nächsten Tag (was früher selbstverständlich war) zahlt man dann 80 Cent pro Brief, um 12 Cent mehr!!

Hat die Zustellung 2-3 Tage Zeit, zahlt man 70 Cent, und entscheidet man sich für die Zustellung in 4-5 Tagen! kostet es „nur“ 55 Cent. Ein Brief, der 4-5 Tage unterwegs sein darf? Da kann man ihn ja gleich selbst hinbringen.



Und weil das noch nicht kompliziert genug ist, muss man die jeweiligen, schon frankierten Kuverts bei der Post kaufen (jede Variante hat eine andere Farbe) und sie auch wieder am Postamt abgeben und nicht in den Briefkästen werfen.

Nur – wo sind Postämter?

Dienst am Kunden schaut für mich anders aus. Die Banken (mein Leserbrief in der vorherigen Ausgabe) und die Post kümmern die Verpflichtung gegenüber der Bevölkerung herzlich wenig.

BR Brigitta Schalk



Empfang für neue Staatsbürger



An dem jährlich stattfindenden Empfang für neue Staatsbürger im Wiener Rathaus nahmen auch BV-Stv Michael Howanietz und Bezirksparteiobmann Gerhard Haslinger teil. 450 Neo-Österreicher aus 68 Herkunftsstaaten und viele ihrer Angehörigen waren anwesend. Es gab zahlreiche interessante Menschen kennenzulernen, die sich, großteils bereits vor vielen Jahren, in der Brigittenau angesiedelt haben.

Interessanterweise schienen sich die neuen Staatsbürger aus Wien auf europäische, fernöstliche und afrikanische Herkunftsländer zu beschränken. Auf die Frage der Moderatorin nach türkischen Gästen blieben alle Hände unten. Langjährige Beobachter be-

stätigten, dass zwar alljährlich viele Türken eingebürgert würden, diese aber nicht zu Empfängen solcher Art kämen.

Was das über die Integrationsbereitschaft dieser Menschen aus-

sagt? Über die sogenannte Parallelgesellschaft? Über das künftige Zusammenleben? Diese Fragen blieben auch an dem feierlichen Abend im Rathaus unbeantwortet.





Mindestsicherung neu:

Weniger Geld für Zuwanderer, mehr Gerechtigkeit für uns Österreicher

Die neue Bundesregierung aus ÖVP und FPÖ ist voller Taten-drang. Während in der alten (ehemals) großen Koalition aus SPÖ und ÖVP Zank und Streit an der Tagesordnung standen, herrschen nunmehr Harmonie und Taten-drang. Die beiden Regierungsparteien machen sich zielstrebig daran, das Regierungsprogramm umzusetzen. Ein ganz wichtiger Meilenstein ist dabei die Neuordnung der Mindestsicherung. Diese Sozialleistung, die aus Steuermitteln finanziert wird, hat sich unter Rot und Grün – vor allem in Wien – zu einem wahren Magneten für Wirtschaftsflüchtlinge aus aller Welt entwickelt. Diese verstecken sich hinter dem Asylrecht, das ausschließlich politisch und religiös verfolgten Menschen temporären Schutz gewährleisten soll, um direkt in die besten Sozialsysteme einzuwandern. Und Österreich hat ein leistungsfähiges Sozialsystem, das aus den Steuern und Beiträgen der arbeitenden Menschen in Österreich gespeist wird. Daher ist es grundvernünftig, wenn es in Zukunft eine **fünfjährige Wartefrist**

für Zuwanderer geben soll. Auch Bürger aus der EU haben nur das Recht, zu arbeiten, nicht aber ohne Arbeit österreichische Sozialleistungen zu beziehen.

Flüchtlinge müssen, um in den Genuss der vollen Mindestsicherung zu kommen, **ausreichende Deutschkenntnisse** vorweisen. Die Unsitte, dass in unseren Ämtern in unzähligen fremden Sprachen Hilfestellung bei der Beantragung von Sozialleistungen gegeben wird, muss sich aufhören. Ein Sozialamt ist schließlich nicht die Rezeption eines internationalen Hotels.

Ebenso überfällig ist die **Begrenzung der Kinderzuschläge**. Wir lesen laufend – allzu oft leider in Zusammenhang mit diversen Straftaten – von tschetschenischen oder afghanischen Großfamilien, die mit Mindestsicherung und Kinderbeihilfe auf Beträge von mehreren Tausend Euro im Monat kommen. Kein Wunder, wenn da niemand mehr arbeiten möchte. Völlig unverständlich ist auch die Judikatur des Verfassungsgerichtshofes, der zufolge eine Deckelung der Mindestsicherung bei Großfamilien ver-

fassungswidrig sein soll. Die Verfassungsrichter haben wohl übersehen, dass die Gehälter der Erwerbstätigen ja auch gedeckelt sind und nicht mit der Kinderzahl mitwachsen. Zum Ausgleich für die finanziellen Belastungen, die Kinder bedeuten, gibt es ja die Kinderbeihilfe. Und diese steigt mit steigender Kinderanzahl.

Ein weiterer wichtiger Punkt ist die Regelung, dass Mindestsicherungsbezieher verstärkt zu **Arbeitsleistungen** herangezogen werden können. In Wien beziehen mittlerweile 40.000 (!) Asylberechtigte Mindestsicherung. Meistens handelt es sich um junge Männer. Wir kennen die Bilder von den Bahnhöfen und U-Bahnstationen. Ein paar Kilometer vom Zentrum Wiens entfernt, muss die Spargelernte mangels Erntehelfern eingeeckert werden. Das darf einfach nicht wahr sein. Der Steuerzahler finanziert 40.000 jungen Asylanten das Nichtstun, während im Marchfeld die Ernte nicht eingebracht werden kann. So schaut die rot-grüne Sozialpolitik in Wien aus. Die Beschlussfassung der Bundesregierung kommt daher keine Sekunde zu früh.

Labg Dr. Wolfgang Aigner



Wallensteinplatzfest vom 26.5.2018



Impressionen





Unsere Tierwelt



Der muntere Spatz

Der Spatz oder Haussperling lebt seit vielen Jahrhunderten in unmittelbarer Nähe des Menschen. Wie nahe er dem Menschen steht zeigt sich an einer Vielzahl von Verbindungen im Sprachgebrauch. Der „Dreckspatz“ oder das „Spatzenhirn“ sind keine Komplimente. „Frech wie ein Rohrspatz“ kann man sein oder zuhören „was die Spatzen von den Dächern pfeifen“. Solange sie dort sicher sind. Denn „besser der Spatz in der Hand als die Taube auf dem Dach“ ist eine gefährliche Drohung, die auf jene Notzeiten zurückgeht als die kleinen Sperlinge massenhaft in Kochtöpfen endeten. Heute sind seine Bedrohungen anderer Art. Seit Jahrzehnten nimmt sein Bestand ab und das liegt nicht am mitteleuropäischen Speisezettel.

Moderne Fassadengestaltung und die Sanierung alter Bausubstanz rauben dem Sperling seine Nistplätze, die er bevorzugt unter



Foto: Wolfgang Sehner

Dachvorsprüngen, in Nischen und Mauerspaltan findet. Der Rückgang individueller Tierhaltung, speziell der Pferdehaltung, sowie der massive Einsatz von Pestiziden in der Landwirtschaft entziehen dem Vogel die Nahrungsgrundlagen. Das Verschwinden von Brachflächen, also der guten alten „Gstettn“, durch intensive Bebauung und Betonierung, bedeutet den Verlust seines angestammten Lebensraumes, in dem der Sperling früher Getreide- wie Gräsersamen und Insekten für die Jungenaufzucht fand.

Übertriebene Landschaftskosmetik in Parkanlagen, Strauchrohdungen und die gewohnheitsmäßige Verwendung chemischer Spritzmittel in den Vorstadtgärten tun ein Übriges, den Sperling aus seinen traditionellen Revieren zu vertreiben. Ernteabfälle fallen in der Stadt nicht an, auf Stopselfrisuren gekürzte Rasen gelangen nicht mehr zur Samenreife. Alte (Obst)Baumbestände weichen Bauvorhaben, verwilderte Halden, die das für die Gefiederpflege unverzichtbare Staubbad möglich machen, werden immer seltener.

So leicht die vielfältigen Gründe seines Verschwindens aufgezählt sind, so leicht sind sie auch zu beheben. Wenn man das will. Noch im Jahr 1950 wurden in Teilen Deutschlands Millionen Haussperlinge, als Mistfink und Dreckspatz zur Plage erklärt und vergiftet. Von solcher „Notwendigkeit“ sind wir heute weit entfernt. Nicht ohne Grund – auch schon ein Weilchen her – wurde der Spatz von Naturverbänden zum Vogel des Jahres 2002 gekürt.

Der einstige Allerweltsvogel



Foto: Michael Howanietz

hat sich, als gefiederter Großstädter, nicht nur an die unmittelbare Nachbarschaft des Menschen gewöhnt, er ist so sehr auf sie angewiesen, daß er außerhalb von Ortschaften nicht mehr vorkommt. Folglich ist er von Veränderungen im menschlichen Siedlungsraum so direkt wie umfassend betroffen. Es ist deshalb unsere Entscheidung, ob wir dem tschilpenden Hausmatz eine Überlebenschance geben oder nicht.

Wieviel Natur lassen wir zu? Ein Umfeld, das nicht einmal dem urbanisierten Haussperling seine mindesten Lebensgrundlagen zugesteht, ist vermutlich auch kein menschenfreundliches. Auch in unserem Bezirk haben wir in den vergangenen Jahren einen Gutteil der Spatzen-Population verloren. Aber vereinzelt gibt es sie noch, die aufgeweckten Schwätzer, ebenso wie ihre nahen Verwandten, die Feldsperlinge. Da und dort hat ein Umdenken eingesetzt und das gibt Grund zur Hoffnung für den Spatzen. Wir werden uns jedenfalls bemühen sie nachhaltig zu schützen.

BV-Stv. Michael Howanietz




WIENER SENIORENRING

Die Brigittenauer Senioren laden ein:

Stammtische:
Jeden ersten Mittwoch im Monat!
Styria XX, Rauscherstraße 5

13. Juli 2018
Besichtigung Klimt-Villa und anschließend Heurigenbesuch,
16:00h Treffpunkt bei der Klimtvilla.
1130 Wien, Feldmühlgasse 11.

1. August 2018
15:00h Sommerheuriger in Grinzing,
Alter Bach Hengl, Sandgasse 7-9, 1190 Wien

Nähere Auskünfte:

Seniorenbeauftragte
Bez. Rätin Karin Lenz
lenz.karin@yahoo.com




**Österreichischer
Mieterschutzring
Wien**

*Wir informieren, beraten,
kontrollieren und vertreten!*

DER SCHLÜSSEL ZU IHREM RECHT!

UNABHÄNGIG
KOMPETENT
EINSATZBEREIT
UNBEUGSAM

NUR DEN INTERESSEN SEINER MITGLIEDER VERPFLICHTET!

Telefon: 0664/845 30 88
Web: www.mieterschutzring.at
Email: buero@mieterschutzring.at
Adresse: 1, Bartensteingasse 14 Top 9, 1010 Wien

**Ring Freiheitlicher Jugend
RFJ 2/20**

Engagiert auf der „Insel“

„Geselliges - Sportliches - Informatives“

Radfahren, Bowling, Klettern oder Praterbesuch
Vortrags- und Informationsveranstaltungen

Schach der Langeweile - melde Dich unter
0664 8851 77 70
franz.lindenbauer@fpoe-wien.at





**Liebe Brigittenauerinnen,
Liebe Brigittenauer,**

Sie haben ein Anliegen oder wissen von einem Missstand in der Brigittenau, den Sie aufzeigen und bearbeitet haben wollen?

Wir, die von Ihnen gewählten freiheitlichen Mandatäre im Gemeinderat und in der Bezirksvertretung, setzen uns gerne für Sie ein!

Sie wollen regelmäßig unseren „Klartext“ per Post und über unsere Veranstaltungen, Stammtische und Feste informiert werden?

Lassen Sie sich in unsere Interessentenliste eintragen.

Rufen Sie uns an oder schreiben Sie uns.
Wir freuen uns auf Sie!

Tel: +43 1 330 66 66
E-Mail: brigittenau@fpoe-wien.at